

# Volkstimme

Redaktion:  
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17  
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)  
für den Regierungsbezirk Merseburg  
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:  
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27  
Fernsprecher 6407

Nr. 196

Wochenpreis: Monatlich 175 Mk. frei Haus. Bei  
Abholung 160 Mk. Bei den Verkauftellen monatlich  
525 Mk., ohne Postgeld Einzelnummer 15 Pfennig.

Halle, Donnerstag, den 28. August 1919

Nummernpreis: Die 60 Nummern 10 Pfennig, 60 Nummern  
20 Pfennig, ein Jahrgang 20 Pfennig, 60 Pfennig.  
— Einschlag der Postgebühren monatlich 10 Ubr. —

3. Jahrgang

## Der Nationalversammlung Steuerarbeit.

In raschestem Tempo hat die Nationalversammlung die folgen schwereren Verhältnisse, die sich das alte Regime während des Krieges auf dem Gebiet der Steuer- gesetzgebung hat zuzufinden kommen lassen, nachgeholt, soweit das überhaupt noch möglich ist. Die Unterlassung einer rechtzeitigen wirksamen Besteuerung, die so sehr viel zur Verlängerung des Krieges und zu seinem unglücklichen Ausgang beigetragen hat, läßt sich allerdings nicht mehr gut machen. Aber es mußte versucht werden, daß noch weitere Monate ins Land gingen, bevor den Bestehenden die Lasten auferlegt wurden, die sie schon viel früher hätten tragen müssen. Es war schon schlimm genug, daß infolge des Überhandes unabhängiger einzelstaatlicher Finanzminister vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung die rasche Erhebung der Kriegsgewinnsteuer nicht alsbald nach der Umwälzung erfolgte, und daß nach dem Zustandekommen der neuen parlamentarischen Regierung die demokratischen Finanzminister Schiffer und Dernburg mit den Vorarbeiten für die neuen Gesetzentwürfe bis in den Juni hinein beschäftigt waren. Man mag über Herrn Erzberger, der am 21. Juni Herrn Dernburg als Leiter der Reichsfinanzverwaltung folgte, denken wie man will, das Zeugnis kann man ihm nicht ver- legen, daß er sofort

### mit harter Energie an die Arbeit

gegangen ist und in den verflochtenen drei Monaten geleistet hat. Die zehn Steuerentwürfe, die sein Amtsvorgänger ihm hinterlassen hatte, sind von Erzberger vor dem Parlament vorgetragen worden und sieben von ihnen zur Annahme gelangt. Er selbst hat an neuen Vorlagen noch die Reichsabgabenord- nung, die die gesamte Verwaltung der direkten Steuern von den Ländern auf Reichsbasis überführt, ausgearbeitet, dazu die Entwürfe der Einkommensteuer- länder hindurchgeführt und in ihren Grundgedanken, die Beschaffenheit der einzelnen Teile in der Nationalversammlung zur Annahme gebracht, so daß sie schon am 1. Oktober in Kraft treten kann. Sodann hat er ein Gesetz gegen die Kapitalkraft zustande gebracht, das ihn mit weitgehenden Maßbefugnissen anstattet. Er hat die sehr tiefgreifende Vorlage über das Reichsnotopfer und den Entwurf der Umsatz- steuer eingebracht. Diese beiden Gesetzentwürfe sind einer ersten Beratung unterzogen und liegen nun bei den Ausschüssen, die sich vom 23. September ihrer Beratung widmen werden. Auch der infolge des Mangels an Zeit zurückgestellte größere Teil der Reichsabgaben- ordnung wird Ende September im Ausschuss weiter- bearbeitet werden. Bis dahin wird voraussichtlich noch die von Erzberger reich in Angriff genommene große Reichssteuerreform eingebracht werden, an die sich das Gesetz über die Besteuerungs- rechte der Länder und Gemeinden anschließt wird. Dieses letztere Gesetz soll ersatzlos und überhöflich barstellen, welche Anteile den Ländern und Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer und allen übrigen Reichssteuern zustehen, es wird weiter Grundzüge auf- stellen für die Steuergebiete, die den Ländern und Gemein- den künftig noch überlassen bleiben, und es wird wohl auch Bestimmungen treffen über einen

### Leistungsverhältnis zwischen Reich und Ländern,

sonst zwischen Ländern und Gemeinden, wozu gehören wird die Schaffung eines Ausgleichsfonds.  
Mit der Aufstellung dieses Planes, zu dessen Durch- führung mit der Annahme des konstruktiven Teils der Reichsabgabenordnung der einzige wichtige Schritt bereits getan ist, wird in wenigen Wochen ein Werk geschaffen, in dessen Verwirklichung man noch vor zwei Monaten kaum ernstlich gedacht hat. Wir Sozialdemokraten sind zwar von jeher für eine Reichseinkommensteuer ein- getreten, haben in Verbindung damit auch eine einheitliche Veranlagung der einzelstaatlichen Einkommen- steuern verlangt, sind aber mit diesen Forderungen langjahrelang auf so heftigen Widerstand der Reichs- und der einzelstaatlichen Regierungen gestoßen, daß ihre Verwirklichung völlig aussichtslos zu sein schien. Auch nach der Revolution durfte man angesichts der partisi- laristischen Strömung, die von der ersten bayerischen Revolutionsregierung unabhängiger Färbung ausgehend die meisten Einzelstaaten erfasste, auf eine Verein- heitigung der deutschen Steuerlegislation nicht hoffen. Nun kommt sie doch, und zwar radikal und mit überwindlicher Schneelligkeit. Es kann gesagt werden, daß seit der Reichsgründung vor 48 Jahren in dem Ver- hältnis der Einzelstaaten zum Reich

keine Veränderung von solch grundlegendem Bedeutung vor sich gegangen ist wie diese. Sicherlich wird die

Selbständigkeit der Einzelstaaten durch die Übernahme der gesamten Steuerverwaltung auf das Reich erheblich geschwächt, und mit der Einführung einer Reichseinkommensteuer, die für Landessteuereinkommen keine Ausnahme mehr läßt, verliert die „Steuerhoheit“ der Einzelstaaten ihren wesentlichen Inhalt. Aber bei den un- gesehenerlichen finanzpolitischen Aufgaben, vor die das Reich heute gestellt ist, gab es keinen anderen Ausweg.

Die sieben unter allen Steuerentwürfen, die neben die- sem überaus wichtigen Ertragssteuergesetz angenommen wurden, sind die folgenden: 1. das Ertragssteuergesetz, 2. das Gesetz über die Besteuerung des Ver- mögenszuwachses, 3. über die außerordentliche Kriegs- abgabe, 4. über die Grunderwerbsteuer, 5. über die Tabaksteuer, 6. über die Besteuerung der Zinns- waren, 7. über die Besteuerung der Spielarten. Un- erledigt geblieben sind die Vorlagen betr. die Ver- gütungssteuer, betr. die Mayonbesteue- rung und betr. Erhöhung der Zuckersteuer.

Was die letztere Vorlage betrifft, so hat es die so- zialdemokratische Fraktion abgelehnt, in ihre Beratung einzutreten. Die Vergütungssteuer wird voraussicht- lich den Gemeinden überlassen bleiben, deren Steuer durch Reichsgesetz Rahmenvorschriften gegeben werden über Art und Höhe ihrer Steuern. Das Monopolver- gehen ist zurückgestellt, weil zunächst noch weitere Vor- arbeiten zu leisten sind.

Die Spielarten- und Zinnswaren- steuer sind heute von ganz geringfügiger Bedeutung. Die Zeiten sind vorbei, in denen eine Reichsstaats- schuld die Zinshölzer belasten durfte nur auf dem Zins- der Ertragssteuern freier lassen zu können. Wie sehr sich gegenüber dem Jahre 1900

### die Zeiten verändert haben,

das ergibt sich aus der Tatsache, daß gleichzeitig mit der Ausdehnung der Zinnssteuer auf die bisher steuer- freien Zinnswaren eine Ertragssteuer Gesetz wurde, die schon beim Ausbruch bis zu 70 Prozent ansteigen kann. Im übrigen ist auf Verlangen unserer Fraktion in das Gesetz über die Zinnswarensteuer die Bestim- mung hineingekommen, daß spätestens am 31. März 1921 ein Kartellmonopol für Zinnswaren in Kraft tritt.

Auch die Tabaksteuerung erscheint heute in anderem Lichte wie noch vor einigen Jahren. Wir können uns die uneingeschränkte Einfuhr von Zuck- und Genussgütern aus dem Ausland bei unserer Volksarmut nicht mehr gestatten. Unsere Zahlungs- mittel reichen nicht einmal für die allererstenbedürftigsten Lebensmittel und Rohstoffe. Wer trotzdem Zigarren rauchen will, muß dem Staate einen Beitrag leisten für die Opfer, die die Tabakeinfuhr unserer Volkswirtschaft auferlegt. Die Einführung der neuen Zigarrensteuerer- sätze sorgt auch dafür, daß der einzelne nach seiner Leistungsfähigkeit getroffen wird. Die billigte Zigarre hat künftig 3 Pf., die teuerste 1.00 Mk. Steuer zu tragen. Nicht ist die Abführung bei der Abgare, der Haub-, der Rau- und der Schnupftabaksteuer.

Die Grunderwerbsteuer ist nichts Neues. Sie stellt nichts anderes dar, als die Zusammenfassung der bisherigen Steuern für den Grundbesitz, der vom Reich, den Staaten und Gemeinden getrennt erhoben wurde. Sie ist allerdings zugleich erhöht worden, denn der neue Reichsteuervertrag beträgt 4 Prozent gegenüber einer bisherigen Belastung, die in den einzelnen Teilen des Reiches zwischen 2 und 3,2 Prozent schwankte.

Die Besteuerung des Vermögenszuwachses erfährt jeden während der Kriegszeit erzielten Ver- mögensgewinn. Der Steuerart ist auf das Eingreifen unserer Fraktion verzichtet worden.

### Der höchste Vermögenszuwachs,

der nunmehr dem Steuerpflichtigen selbst bei 100- tennungen verbleiben kann, beläuft sich auf 170 000 Mark, während ihm die Regierungsvorlage im außer- lichen Falle 205 000 Mark, der Staatsausgleich sogar 420 000 Mark belassen wollte.

Die außerordentliche Kriegsabgabe erfährt das Mehreinkommen, das der einzelne im Jahre 1918 gegenüber seinem letzten Friedensjahre erhalten gehabt hat, mit 5 bis 7 Prozent (die Regierungsvorlage ging bis 50 Prozent), und den Mehreinkommen der Gesell- schaften im letzten Kriegsjahr mit 40 bis 80 Prozent.

Die Ertragssteuer ist eine einheitliche, die erhe- bende Besteuerung des Reichs großen Eink., beläuft zunächst den Nachlass als Ganzes mit 1 bis 5 Prozent, und zwar wird der Teil von 5 Prozent bei Nachlass von 2 Millionen erreicht, und Johann erhalt sie den einzelnen Erbansatz und einmal mit Ertragssteuern von 4 bis 25 Prozent beim engsten und von 15 bis 20 Pro-

zent beim entferntesten Verwandtschaftsverhältnis. Die Höchstätze der Regierungsvorlage betragen 20 und 50 Prozent. Der höchste Steuerfuß tritt hier in Kraft bei Erbansätzen von 1½ Millionen. Die Steuer steigt jedoch bis zum doppelten Betrag, wenn schon ein Ver- mögen vorhanden ist, doch darf sie 90 Prozent des Erb- ansatzes nicht übersteigen. Die Erbschaften werden wie Erbansätze behandelt. Alle Verfügungen sind der So- zialdemokratie zu danken.

Es ist kein Wunder, daß angesichts dieser Steuerfüße die Rechte laut aufschrie. So etwas war sic bis her nicht gemöhnt. Kann es doch vorkommen, daß ein Mann, der sich am Schluss des Krieges 5 Mil- lionen reich dünkte, nach Erfüllung aller ihm obliegenden Steuerpflichtigen noch 140 000 Mark be- hält. Das mag sehr schmerzhaft sein, gibt aber den Massen der Notleidenden

### zum Erwarren keinen Anlaß.

Müssen heute 20 Millionen Mark Steuern mehr be- zahlen werden als vor dem Kriege, so mügen die Be- steuerten gefällig in der Zukunft sein, um die Beden nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit begleichen zu hel- fen, die sie zum weitaus größten Teil mit verschuldet haben. Wilhelm Reil.

## Erhöhung der Lebensmittelpreissumme.

Berlin, 28. Aug. Wie die „Parlament. Polit. Nachr.“ hören, werden die von der Regierung bewilligten 500 Mil- lionen Mark zur Erhebung der Lebensmittelsteuer auf 50 Millionen erhöht, die vorzugsweise den schwachen Gemeinden zugute kommen sollen.

## Amerika soll bis 20. September ratifizieren.

Berlin, 28. Aug. Nach der „Täg. Rundschau“ meldet die Pariser Ausgabe des „New York Herald“, daß eine So- zialistische Kommission in Washington um Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland bis zum 20. Sept. ersucht.

## Die Not der Kriegsgefangenen.

Berlin, 28. Aug. Nach der „Wol. Zig.“ trafen gestern in Kasel 100 kranke deutsche Kriegsgefangene aus englischer Gefangenschaft ein, die eine von Tausenden von Gefangen- unterworfenen Bittschrift an die deutsche Regierung mitbrachten, in der dringend um rasche Hilfe ersucht wird. Die Leiden der Gefangenen seien unbeschreiblich. Sie wurden rechtlich gegen ihre Heimat angeht, indem ihnen mitgeteilt wurde, daß Deutschland auf die Rückgabe seiner Gefangenen verzichte. Die Bittschrift wurde an die Reichsregierung weitergegeben.

## Frankreich der Gläubigerhalter.

Gegenüber den Meinungen, die von einer baldigen Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen sprechen, wird dem 2. N. aus Berlin berichtet: Es ist anzunehmen, daß in Paris zwischen den Alliierten Verhand- lungen über die Durchführung der Kriegsgefangenen angeknüpft werden, die aber bisher zu keinem Ab- schluss gelangt sind. Die erwähnte Mitteilung des englischen Oberkommandos ist dem deutschen Generals- staabschef zur Verfügung und in unverbändlicher Form weitergegeben worden. Es ist nicht anzunehmen, daß von englischer Seite eine Sonderma- chnahme in der Gefangenentrage getroffen wird. Die Entscheidung über die Heimkehr der deutschen Kriegs- gefangenen dürfte vielmehr von den Alliierten gemein- sam getroffen werden. Die ersten Nachrichten über die angebotene Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen haben beunruhigende Hoffnungen erweckt, die als ir- rig erwiesen. Sie sind im ersten Augenblick auch durch Neuigkeiten des Reichspräsidenten über- gegangenen worden, die ohne genaue Kenntnis der Ver- hältnisse zu geben wurden.

Nach dem 2. N. wird auch Bad Nauheim mitgeteilt: Der Stab der Gruppe Rhein ersucht heute vormittag die Mittelungen, daß der zugelegte Antrag der deut- schen Kriegsgefangenen zum Obersten Alliierten Kom- mandos ratifiziert werden ist. Somit bleibt die Gefan- genentrage einstweilen auf dem bisherigen Stand.

England hat die deutschen Kriegsgefangenen herzu- senden wollen. Clemenceau und Koch aber haben es nachdrücklich gelehrt und sich diese „Sentimentalität“ verbietet. Der Uebermut wird die Herzen noch erhitzen lassen.

# Die Unabhängigen in der Rlemme.

Auf der Reichstagskonferenz der Betriebsräte, die am 22. und 23. August in Halle stattfand, wurde von den „Radikalen“ auch verlangt, daß die „revolutionären“ Abgeordneten Drab, Rönken und Kurt Geyer ihre Mandate zur Nationalversammlung niederlegen sollen. Man hat jedoch die Sache normal gehandhabt und die Entscheidung darüber auf die nächste Konferenz verschoben. Die unabhängigen und kommunistischen Arbeiterräte von Groß-Berlin haben aber am Montag den Beschluß gefaßt, daß die unabhängigen Abgeordneten aus allen Parlamenten ausgetreten sollen. Das ist eine sehr überraschende Wendung in dem Berliner Arbeiterratskampf, der durch das eigenmächtige Vorgehen der linksradikalen Vollzugsratsmitglieder entstanden war und ihre Ermittlungen aus dem von ihnen in Anspruch genommenen Staatsgebäude zur Folge hatte. Die Anhänger der Gemäßigten glaubten, den letzten Zug der Regierung gegen die Radikalen zu müssen und zogen zu diesem Zweck sogar einen Generalstreik in Erwägung. Die ganze Industrie sollte wieder einmal stillgelegt werden, weil der unabhängig-kommunistische Kampfvollzugsrat die Leute zahlen soll, und weil die Regierung auf eine ordnungsgemäße Arbeiterwahl ohne Vergewaltigung der Minderheit besteht. Der wahnsinnige Generalstreikplan wurde jedoch abgelehnt, und ebenso ging es dem Plane eines beschränkten Proteststreiks, weil man erkannte, daß die Arbeiter für ihn nicht zu haben sind. Man erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß die Berliner Arbeiter das Streifen auf höheren Befehl bis über die Ohren saß haben.

Damit war also nichts zu machen. Um aber die Vermählung nicht ganz ergebnislos verlaufen zu lassen, nahm man aus Verlegenheit den eben erwähnten Antrag an. Er geht natürlich von den Kommunisten aus, die Reventlow und Feindbranz zum Trost, doch die allertrammtigen Gegner der Demokratie in Deutschland sind, und wurde von den Unabhängigen angenommen aus der bekannten Schwäche heraus gegenüber allen überradikalen Redensarten. Wenn die Kommunisten hohe Ziele setzen, so geht den armen Unabhängigen die Luft aus. So unterlagen sie auch diesmal wieder der kommunistischen Hypothese und laßten den belagerten Beschluß.

Man darf nun gespannt darauf sein, welche Folgen dieser Beschluß haben wird. Man kann vielleicht darüber freudig sein, er für das ganze Reich Gültigkeit hat, da er ja nur von den Berlinern gefaßt worden ist. Unangekündigt aber ist eben deswegen, daß er für die unabhängigen Parlamentsvertreter von Berlin unbedingte Gültigkeit haben muß, sofern diese überhaupt die Arbeiterseite als eine berechtigte zu betrachten man alle Tage. In der unabhängigen Presse tritt man alle Tage, daß die Arbeiterräte die einzige Errungenschaft der Revolution sind und daß bei ihnen (besonders bei den Unabhängigen) alle Weisheit und die Rettung aus allen Schwierigkeiten zu finden ist. Alle Tage wird die Regierung beschuldigt, daß sie den unabhängigen Arbeiterräten nicht den genügenden Respekt entgegenbringe, und der gegenwärtige Konflikt ist ja gerade daraus entstanden, daß die Regierung den unbedingten Mandatsanspruch der unabhängigen Arbeiterräte nicht anerkannt hat. Man darf also wirklich sehr gespannt darauf sein, ob sich die Berliner unabhängig-kommunistischen Verbände, die demselben Reichstagsverbot beschuldigt wird, ob sie wegen wieder dem ihnen erteilten Befehl zu widerlegen.

Wer in der glücklichen Lage ist, sich um die Bestände der Berliner Radikalfraktion nicht kümmern zu dürfen, der kann offen aussprechen, was die armen unabhängigen Abgeordneten nur denken müssen. Dieser Beschluß ist einfach der heulende Schrei eines Mannes, der in der Welt gehandelt, jeder über 30 Jahre alte Mann oder Frau ist wohlberedigt. Die Kommunisten sind gleichwohl Gegner der Beteiligung und der parlamentarischen Arbeit. Es ist übrigens nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß auf dem kommunistischen Parteitag im Dezember 1918 die Beteiligung eintritt, gegen ihre „radikalere“ Anhängerseite oder nicht durchzuführen konnten. Die unabhängigen Abgeordneten sollen also gezwungen werden, etwas zu tun, was selbst Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in ihrem höchsten revolutionären Sieber immer noch als etwas sehr Unvernünftiges erkannt hatten.

Man geht kaum selbst mit der Prognose, daß die unabhängigen Abgeordneten den ihnen zugewiesenen Beschluß zu dem übrigen legen und dabei Worte marmeln werden, die nicht nach unbedingter Hochachtung klingen. Das wollen wir ihnen keineswegs verübeln. Aber wenn dem so ist, dann in Teufels Namen macht doch endlich Schluss mit der erbärmlichen Hufe, die jeden Ausfluß unabhängiger Arbeiterrätebeweise wie einen unpflanzlichen Spruch behandelt, dem sich das ganze Volk, Westliche und Latein, unbedingt zu fügen hat! Wenn die unabhängigen Arbeiterräte nicht einmal für die unabhängigen Abgeordneten eine maßgebende Funktion sind, wie kann man dann verlangen, daß die Regierung, die doch das ganze Volk repräsentiert, sie als eine solche anerkennt?

Die Berliner Vorgänge wären wohl geeignet, auch die Unabhängigen wieder zu etwas ruhigerem Nachdenken zu veranlassen. Sie könnten dabei zu dem Ergebnis gelangen, daß schließlich auch für sie Röske immer noch viel besser ist als eine kommunistische Diktatur.

# Betriebsräte und Kalkulationswesen.

Von Richard Wolf.

Der Betriebsrat hat darüber zu wachen, daß in dem Betrieb die zugunsten der Arbeitnehmer stehenden Beziehungen und die maßgebenden Tarifverträge durchgesetzt werden; ferner die tarifliche Regelung nicht behindern, im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer die Regelung der Löhne und sonstiger Arbeitsverhältnisse, namentlich auch bei Festlegung der Erlögsanteile und Einbußen, bei der Regelung des Erlögsanteils unter den

Arbeitnehmer und bei der des Betriebswesens im Werk mitzuwirken.

So lauten einige der wichtigsten Bestimmungen, nach denen die Funktionen der Betriebsräte reichsweit geregelt werden sollen. Wenn wir nun dazu übergehen müßten, unsere zünftigen Betriebsräte über das aufzuklären, was sie für die Ausübung ihrer Funktionen benötigen, so haben wir uns zunächst mit dem Kalkulationswesen auseinanderzusetzen. Die Betriebsräte sollen mitbestimmen an der „Regelung der Löhne“, sie müssen also feststellen können, d. h. bestimmen imhinein kein, wie hoch sich die Produktionspreise belaufen mit welchem Gewinn das Fabrikationsgeschäft abschließt und welcher Anteil an Lohn dem Arbeiter zusteht.

Das Kalkulationswesen z. B. im modernen Fabrikbetrieb ist auch eine Sache, die verstanden werden muß. Was heißt Kalkulation? Eine jede Kalkulation ist die Preisfeststellung einer Ware, eines Fabrikats. Wenn wir eine Maschine kalkulieren, so rechnen wir aus, welche Produktionskosten während der Arbeit entstanden sind.

Aus welchen Posten setzt sich nun eine solche Kalkulation zusammen? Wir unterscheiden zunächst Vorkalkulation und Hauptkalkulation. Die Vorkalkulation ist die Preisbestimmung eines Materials, bevor es in die Preisbestimmung eines Produktes, nachdem das Material bereits hergestellt worden ist, bedeutet also eine Additionsberechnung, eine Wertbestimmung, die zusammengefaßt worden ist nach den Ergebnissen der Produktion selbst.

Ferner ist zu unterscheiden der Selbstkostenpreis von dem Verkaufspreis. In dem Selbstkostenpreis sind alle die Posten mit eingerechnet, die das Fabrikat verursacht hat, bis es in die Hände des Verbrauchers gelangt ist. Der Verkaufspreis dagegen bedeutet die Summe, die der Käufer zu bezahlen hat. Die Differenz zwischen dem Verkaufspreis und dem Selbstkostenpreis ist der Gewinn. Daher sind für den Privatunternehmer vornehmliche Betrachter die Selbstkosten zu betrachten, den Verkaufspreis hinzuzurechnen. Um so höher ist die Differenz, und je höher der Gewinn. (Streichlich kann es auch umgekehrt sein, daß der Selbstkostenpreis den Verkaufspreis übersteigt, dann wird bei jedem Fabrikat z. B. Butter und das Unternehmen arbeitet mit Verlust, mit Unterbilanz.)

Aus welchen Posten setzt sich der Selbstkostenpreis zusammen? Aus: 1. Materialwert, 2. Lohn, 3. Fabrikationskosten. Der Materialwert ist meist leicht zu bestimmen: aus den Preisverzeichnissen, nach den verbrauchten Gewichtsmengen, Größeneinheiten, Qualitätspreisen oder welchen Maßstab man sonst nehmen muß.

Für die Selbstkostenposten sind ebenfalls keine Schwierigkeiten vorhanden. Dafür sorgt die Lohnabrechnung, die in modernen Betrieben leicht lunschlos durchgeführt ist. Für die Fertigstellung einer jeden Arbeit ist der Arbeitslohn genau vorzumerken.

Aber die größten Schwierigkeiten macht die Ermittlung der Fabrikationskosten. Darunter sind alle sonstigen Aufwendungen zu verstehen, die für die Fertigstellung des Produktes notwendig waren (Werkzeuge, Betriebsmaterialien, Abnutzung von Maschinen, Betriebsräumen usw.). Je komplizierter und vielschichtiger der Betrieb, desto komplizierter auch die Unterstellungsverhältnisse. Und hier kann der größte Kalkulationschwand getrieben werden. Man braucht nur die Antikontingenzen recht hoch einzusetzen, um zu „beweisen“, daß eine gelobte Lohnerhöhung die Rentabilität, d. h. die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens in Frage stellt. In Wirklichkeit ist auch die Unterfrage das Kernproblem jeder Kalkulationsunterstützung. Die Betriebsräte müssen hier eine umfangreiche Literatur über die besten Methoden der Unterstellungsverhältnisse lesen.

Hier hat sich also der zünftige „Betriebsrat“ auf die Hosen zu setzen! Er hat sich über Kalkulationsmethoden die nötigen Kenntnisse anzueignen und muß imstande sein, die Kalkulation seines Betriebes schlagend nachprüfen zu können. Das kann er allerdings nicht in der Agitationsversammlung, sondern in stillen Stunden emser Arbeit hinter den Büchern und als aufmerksamer Teilnehmer von Unterrichtsstunden, die für diese Zwecke einzurichten sind.

Wie schnell werden hier die Schwadronenreiter heimtätig werden, wenn es sich darum handelt, nun wirklich als Betriebsräte praktische Arbeit zu leisten!

# Die unabhängigen „Stige“.

Eine fast händige Kritik in der unabhängigen Presse über die Nachrichten über liberale und sozialdemokratische Dringgruppen war der U. S. P. Man hört dort von Orten aus weit entfernten Landesteilen und best Namen, die man nur in einem Speziallexikon findet. Ziffern werden meist schamhaft verschwiegen, wozu in der Regel wohlberühmte Ursache vorliegen mag. Daß die unabhängigen sozialistische Partei nicht erzählt, wie sie es macht, darf man ihr nicht übelnehmen, es gehört zur Taktik. Und sind diese taktischen Wanders über dem „Vollerechtigtwort“ im ersten Parteitag, daß die Einzelnen alle Urteile haben, sich über zu setzen und. Wenigstens Ursache hätten, aber in mörderischen Bruderkampf gegen die Interessen der Arbeiterschaft setzen ihnen auch die Giftstoffe und Stinkbomben erlaubt, wenn nur der „Erfolg“ winkt. Wie selbst die Freunde der U. S. P. über die Einbußen in unsere Partei denken, dazu liefert Hans Leub, der stark mit den Unabhängigen sympathisiert, in der „Welt am Montag“ den folgenden Beitrag. Es heißt da:

„Mit „Erfolgen“ der Unabhängigen im Lager der Mehrheitsparteien ist gar nichts gemeint. Solche „Erfolge“ sind manchmal der Erfolg der heimlichen Räder der Sozialdemokratie, die sich aus Mitgliedern in beiden Lagern zusammensetzt; sind das Werk aus unklaren Köpfen, die erst seit einigen Monaten in Theorie und Praxis der Sozialdemokratie hineingehört haben. Reichlich hand in der „Freiheit“ zu lesen, der Dringgruppe der Mehrheitsparteien in Berlin, die sich in Berlin in den Unabhängigen übergetreten. Fürchten gehört zu Westensberg, wozu ich Hoffender der sozialdemokratischen Landtagsparlamentarier. Zu schließend befragt sich der Gewinn der Unabhängigen dort a einige junge Leute, von denen einer der führenden selbst Friedrich sich zum Zweck seiner sozialdemokratischen Berufung und dazu bekennt, daß er in die Organisation der Mehrheitsparteien eingetreten ist, um als „Rei“ zu wirken. Ich erlaube das, um an einem Beispiel zu zeigen, daß die Erläuterung mehrheitlich sozialistischer Organisationen durch die Unabhängigen kein Erfolg für die Sozialdemokratie ist.“

Der große Sieg von Westensberg hat viele blickt die Freunde von Westensberg die unabhängigen Presse gemacht. Ein und jedes unabhängigen Organ brachte die Meinung gleich wie ein auf nach einander. Und was ist daran? Ein politischer Sturm, der einge-

handenemporen in unsere Partei eintrat, um als Rette zu wirken, hat einige gleichartige oder ähnliche Geleite zum Austritt bewegt, und mit ihnen dann eine unabhängige Gruppe gebildet. Und mit diesem politischen Gehmaß macht man in der Presse der U. S. P. Staat. Das ist nur ein Fall vieler. Viel Geschrei und wenig, aber desto schmutziger Wölfe.

# Wahlrecht zur zweiten Internationale.

Trennung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Ungarn.

Wien, 26. August. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, war eine der Voraussetzungen für den Eintritt der Sozialdemokraten in das Koalitionskabinett die völlige Abkehr von der bolschewistischen Plattform. Die Parteivollversammlung hielt gestern eine Vertrauensstimmung ab, in der beschlossen wurde, die 3. Internationale abzulehnen und wieder zur 2. Internationale zurückzukehren. Die Versammlung, die unter dem Namen der Partei vorzunehmenden und sozialistischen der Partei vorgenommen worden war, ist am gestrigen Tage aufgegeben worden. Sämtliche Vertreter der früheren Richtung sind aus der Parteivollversammlung ausgeschieden. Nur vier Mitglieder, die durch das frühere Regime nicht kompromittiert sind, verbleiben in der Parteivollversammlung, von der früheren sozialdemokratischen Parteivollversammlung nur Garami und Büdingler. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt soll durch eine Proklamation von diesem Beschluß verständigt werden.

Die zeitliche Scheidung, die sich damit in der ungarischen Sozialdemokratie vollzogen hat, erklärt sich nur zu leicht aus der Lage des ungarischen Landes, das des Experimentierens müde, nach einer positiven aufbauenden Politik verlangt. Dafür ist innerhalb der Radikalfaktion kein Raum gemessen. Mag es immerhin Protestarbeit beschimpfen und in dem Schmutz zu zerren versuchen — gerade die ungarische Geschichte der letzten fünf Monate ist ein Beweis dafür, moßten das frevelhafte Spiel mit einer durch planlose Vererbung aufgeweichten Masse führen muß. Nachdem Erzherzog Josef seinen Regententitel verlassen hat, ist die Wahl für die zweite Sozialdemokratie in Ungarn frei, und es ist in dem Lande nur zu wünschen, daß alle schaffenden Kräfte sich zur Abwehr der monarchistischen Reaktion und zur Wiederaufrichtung des bürgerlichen Lebens zusammenschließen. Daß dabei die Sozialdemokraten nicht fehlen wollen und nicht fehlen dürfen, ist selbstverständlich.

# Die praktische Politik in Ungarn.

Der leitende Redakteur unseres Kopenhagener „Arbeiterblattes“, „Sozialdemokraten“, Borgbjörn, der für Dänemark an der Duzaner Konferenz teilgenommen hat, berichtet in seinem Blatte zusammenfassend über seine Eindrücke. Er schreibt:

„Die Politik, die für die angenehme Resolution Kennard der Ausdrück ist, entspricht ganz der praktischen Politik auf Grund der Marx'schen Prinzipien, wie sie in einer langen Reihe von Jahren hier in Skandinavien geführt worden ist. Es wird darin ausgeführt, daß die Sozialdemokraten alle Kräfte auf die Arbeit, jeder in seinem eigenen Lande, zu konzentrieren haben, um die größtmögliche Macht zu erringen. Dann wird haben international genau die gleiche Methode, wie wir es zuvor immer bei den nationalen Rahmen gemacht haben.“

Es trifft volle Einigkeit in der Kritik am Versailles Frieden. Man anerkennt, daß die Sozialdemokratie, ebensowenig wie sie die Macht gehabt hatte, den Krieg zu verhindern, imhinein war, den Frieden zu schließen. Die Aufgabe in den kommenden Jahren wird eine ernsthafte Arbeit für die Realisation des Friedens und für die demokratische Entwicklung des Völkerverbundes sein müssen.

Der Deutsche Welt stellte in klaren Worten fest, daß, wie der Schwerpunkt der Sozialdemokratie 1871 von Frankreich nach Deutschland überging, er nun von Deutschland nach England und Amerika, die der Weltmacht beherrschten, verschoben wird. Der Schwerpunkt der Sozialdemokratie ist da, wo der Kapitalismus seine höchste Entwicklung genommen hat. In dieser Auffassung unterscheidet sich die Sozialdemokratie auf der Bestimmung von den Bolschewisten in Ungarn. Die Sozialdemokraten der Arbeiterrätebewegung ist die primitive Gesellschaft verlegen wollen, wo man doch ein weitestgehend entfernt ist von der Möglichkeit, den Sozialismus zu verwirklichen.

Es wurde Einigkeit in der Stellung zu dem Bolschewismus erzielt. Eine Kommission soll Untersuchungen über ihre Taten anstellen und hierüber dem Internationalen Kongress berichten. Es herrschte völlige Einigkeit darüber, daß die neue Gesellschaft auf demokratischem Grunde aufzubauen werden muß. Für uns Skandinavier war es eine große Freude, zu sehen, wie die Vertreter der neuen Länder, Lettland, Estland, Georgien, Litauen und Ukraine, völlig unsere Grundanschauung und unsere Anschauungen über praktische Politik teilen.“

Über die deutschen Unabhängigen und ihre Gesinnung zur Demokratie sprach Genosse Borgbjörn. Aus Zufälligkeit. Er will sich nicht ausdrücklich in den deutschen Bruderkampf mischen. Aber sein Lob der praktischen Politik und ihres Sieges in Ungarn ist selbst unangenehm hervordringend, weil die utopischen und antidemokratischen Bestrebungen wie Regen der Unabhängigen ein.

# Die Unabhängigen und die Kriegsoffer.

Dem ersten Tage an haben die Unabhängigen für die Annahme des Friedens Propaganda gemacht. Es ist nicht unüblich, daß diese Politik auf die Presse und die Staatsmänner des feindlichen Auslandes eine für Deutschland unheilvolle Wirkung ausübt. Sozialistische Zeitungen Frankreichs mußten sich gefallen lassen, daß sie bei der Kritik des Friedensvertrages von ihrer Regierung auf die Stellung der radikalen deutschen Parlamentarier hingewiesen wurden. Die Unabhängigen waren es, die den Kämpfern für einen Frieden der Gerechtigkeit in Frankreich, England, Amerika und Italien die Waffen aus der Hand schlugen. Ihnen haben wir es zu einem guten Teil zu verdanken, wenn nicht an den harten Bedingungen geändert würde.

Jetzt, da wir den Vertrag unterzeichnet haben, wie die Unabhängigen es so fürchtlich verlangten, versuchen sie natürlich seine Folgen agitatorisch auszunutzen. In der Nationalversammlung hat Frau Jürg eine große Rede gehalten, in der sie eine wirtschaftliche Befrei-

stellung des Krieges... fähigkeit der... zerb... und... fähigkeit der... zerb... und...

mung unterworfen werden soll... WTB. Paris, 27. August. Spaco. Die Kammer begann...

Die Saale, Dittmar, Dittmar und Dittmar... Die Versammlungen verließen die Stadt...

Debatte über den Friedensvertrag in der französischen Kammer.

WTB. Paris, 27. August. Spaco. Die Kammer begann gestern die Debatte über den Friedensvertrag...

die hohen, edlen Ueberlieferungen seiner Geschichte... Ugepunkt des künftigen Friedens...

Die Versammlungen verließen die Stadt... Die Freiheit verleiht der Öffentlichkeit...

Uebernahme der gesamten Heeresverwaltung auf das Reich.

Berlin, den 27. August. Das WTB. meldet: Das Heeresverordnungsblatt... Uebernahme der gesamten Heeresverwaltung...

Ugepunkt des künftigen Friedens... Journalist bemerkte, daß der Friedensvertrag ein chinesisches...

Ueberflüssige Aufregungen.

Die Freiheit verleiht der Öffentlichkeit... Die Aufregungen über die Wählung...

Das Ende des oberdeutschen Generalstreiks.

WTB. Aachen, 27. August. Die Pressestelle des Staatskommissars... Das Ende des oberdeutschen Generalstreiks.

Anwesenheit im Straf.

Berlin, 27. August. Nach... Anwesenheit im Straf.

Die Falschmeldungen über die Wählung für den Kaiser.

Eine Berliner Korrespondenz... Die Falschmeldungen über die Wählung für den Kaiser.

Sanktion der deutschen Regierung über die Lage in Oberitalien.

Berlin, den 27. August. Das WTB. meldet: Die deutsche Regierung... Sanktion der deutschen Regierung über die Lage in Oberitalien.

Spaßreden gegen die Entwürfe der Friedensbedingungen.

In einem Rundschreiben... Spaßreden gegen die Entwürfe der Friedensbedingungen.

Das Aufkommen der preussischen Landesparlamentarier.

Wie die A. P. M. zuverlässig erfahren... Das Aufkommen der preussischen Landesparlamentarier.

Ein deutliches Gesundheitsparlament.

Es ist ungleich keinem Zweifel... Ein deutliches Gesundheitsparlament.

Keine Erweiterungen für den Deutsch-Böhmisch.

Wien, 27. August. Nach Meldung der 'Agence Centrale'... Keine Erweiterungen für den Deutsch-Böhmisch.

Unabhängige Professoren in Berlin.

Anlässlich der letzten Berliner Vorgänge... Unabhängige Professoren in Berlin.

Blöße.

Novelle von Theodor Storm.

Einige Minuten später lag... Blöße. Novelle von Theodor Storm.

„Kath!“ begann die wieder... Kath!

„Kath!“ begann die wieder... Kath! Kath! Kath!

Aber das Fröden wollte nicht... Kath!

Aber das Fröden wollte nicht... Kath! Kath! Kath!

„Kath!“ begann die wieder... Kath!

„Kath!“ begann die wieder... Kath!

„Kath!“ begann die wieder... Kath!



Hera Wurm und Hera Schmidt in der Volksernährung.

Unter den wenigen erfreulichen Symptomen, die als Vorzeichen dafür genommen werden können, daß dem augenblicklichen Zustand in Deutschland die besten Hoffnungen für die Zukunft gesichert sind, ist die Verbesserung der Ernährung...

Als Robert Schmidt am 13. Februar 1919 das Erbe Emanuel Wurms antrat, waren die Zukunftsaussichten für den deutschen Ernährungsgebiet sehr hoffnungslos. Trotzdem die Fleischversorgung teilweise im Laufe des Winters auf ein Minimum des Bestehenstons zurückgegangen war, ging die Ernährungsverwaltung in Zusammenarbeit mit den Behörden...

Schmidt ging dazu über, die Bauern und Landarbeiterschaft sowie die Bevölkerung für eine bessere Versorgung und eine gerechtere Verteilung zu interessieren. Er hat sich seitdem sehr erfolgreich bemüht, aber es sind wiederholende Anstrengungen notwendig, um die Verteilung der Nahrungsmittel...

Bei keiner allgemeinen Wirtschaftspolitik aber hat sich der Ernährungsminister bei dem gegenwärtigen Stand der Ernährungsverwaltung auf unerschöpfliche Ressourcen verlassen und es ist notwendig, die allgemeine Versorgung mit Nahrungsmitteln...

Das zweite wichtige Mittel zur Herbeiführung der durch den Krieg geschädigten Volksernährung war die Herabsetzung der Einfuhrzölle für Getreide, die auf die Entlastung des Minikers hin unter der Leitung...

Als seine wichtigste Aufgabe aber erkannte der Ernährungsminister von Beginn seiner Tätigkeit an die Herabsetzung der Einfuhrzölle für Getreide, die auf die Entlastung des Minikers hin unter der Leitung...

Als seine wichtigste Aufgabe aber erkannte der Ernährungsminister von Beginn seiner Tätigkeit an die Herabsetzung der Einfuhrzölle für Getreide, die auf die Entlastung des Minikers hin unter der Leitung...

Als seine wichtigste Aufgabe aber erkannte der Ernährungsminister von Beginn seiner Tätigkeit an die Herabsetzung der Einfuhrzölle für Getreide, die auf die Entlastung des Minikers hin unter der Leitung...

Als seine wichtigste Aufgabe aber erkannte der Ernährungsminister von Beginn seiner Tätigkeit an die Herabsetzung der Einfuhrzölle für Getreide, die auf die Entlastung des Minikers hin unter der Leitung...

Als seine wichtigste Aufgabe aber erkannte der Ernährungsminister von Beginn seiner Tätigkeit an die Herabsetzung der Einfuhrzölle für Getreide, die auf die Entlastung des Minikers hin unter der Leitung...

Als seine wichtigste Aufgabe aber erkannte der Ernährungsminister von Beginn seiner Tätigkeit an die Herabsetzung der Einfuhrzölle für Getreide, die auf die Entlastung des Minikers hin unter der Leitung...

Waffen, so werden die Genossen gebeten, pünktlich zu erscheinen. Reiner darf fehlen. Mit Parteigenossen Der Vorstand, H. Heine, Vorsitzender.



In schwerer Zeit

wo Mühe und Sorgen den Tagestakt jedes einzelnen wirtschaftlichen Schwachen so bitter erschweren und die Kämpfe der Parteien unter dem Namen politisches Leben so ungesund aufwachen, ist die

„Volksstimme“

der höchste Lehrer und ehrliche Ratgeber aller existierenden Volkspolitiker. Als sozialdemokratische Zeitung vertritt sie allezeit die Erneuerung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und die politische Gestaltung der Deutschen Republik

nach den Grundsätzen sozialistischer Weltanschauung.

Zur Erreichung dieses Ziels stellt sie sich auf den Boden der wahren, unerschütterlichen und unantastbaren Demokratie. Sie vertritt deshalb alle einseitige Diktatur und Kampfpolitik. Die „Volksstimme“ ist Kampfpolitik für alle Vorkämpfer und gewissenhaften, die gegen Lohn oder Gehalt ihre Arbeitskraft an Dritte verkaufen müssen. Unentgelt tritt sie ein für die soziale und ökonomische Befreiung

aller Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrer.

An der möglichst fruchtbarsten Fortentwicklung unserer gesamten Geistes- und Kulturlebens arbeitet sie unermüdet.

Die „Volksstimme“ ruft

in ihrem Kampfe alle Hand- und Kopfarbeiter und alle Intellektuellen, die an der Erhöhung und Wiedergeburt der menschlichen Art mitzuwirken bereit sind, zu hingebender, gemeinsamer Arbeit auf.

Sie darf deshalb von Beginn des neuen Monats an in keiner Minute fehlen.

Ihr oberster Wahlspruch lautet: Gleiche Pflicht! Gleiches Recht!



Steinkohlen im Heberhau.

Unter dieser Schirmhülle schreibt der „Vorwärts“: Alle Welt jammert und klagt über die Kohlennot, die, wenn es nicht gegen die Grubenarbeiter und -Magazine, sowie die Arbeiter der Kohlen- und Eisenbahnen-Werksstätten eines Landes zu befehligen, fasttotalen Wirkung haben können. Nur die Kohlenbesitzer, das heißt die Industriellen Kohlenbesitzer, die werden weder Not noch Sorge erfahren. Hin und wieder offenbart sie einer doch kein Geheimnis, lei es auch auf dem prologie Weise. In der Interentenplantage der „Kohlförner“ fand neulich folgende Angebe:

— Wollte Pension — Ich bin J. M. Lohrer (Hudenberg, in Berlin) v. 1. Okt. an M. J. M. in müst. guter Familie. Bisher monatlich 500 Mark. Steinkohlen gratis a. 1.500 an Lebensmitteln. Offerten etc. a. 5000 Mark. Wollte Pension, Berlin SW. 68.

„Monatlich fünf Zentner Steinkohlen gratis und Zulage an Lebensmitteln“ nur über den jedenfalls horrenden Preis für „wolle Pension“ hinaus! Da ist das Leben trotz alles Menschenlebens schon noch lebenswert.

Aufhebung der Besatzungssteuern für Schiffe. Nachdem die Nationalversammlung sich für die Abschaffung der Besatzungssteuern von Häfen, Leber und Leberwaren ausgesprochen hat, ist die Aufhebung der Besatzungssteuern für Schiffe in den nächsten Tagen zu erwarten.

Es sind Maßnahmen in Aussicht genommen, den Schiffsbesitz der minderbemittelten Bevölkerung zu angemessenen Preisen abzugeben.

— Apollo-Theater. Vor ausverkauftem Hause kam gestern im Apollo-Theater zum ersten Male „Die tolle Komte“, Operette in 3 Akten von Bernauer und Schaner, Musik von Walter Kollo, zur Aufführung. Die gegenwärtig im Apollo-Theater gastierende Gesellschaft, die nur noch bis 1. September da ist, erfreut sich großer Beliebtheit und errang auch mit diesem tollen Stück wieder einen guten Erfolg.

Man wäre ja eigentlich geneigt, über dies Stück wie über die meisten der neueren Doppelakt-Operetten reifliche, philantropische Beschlüsse zu fassen, aber man, unser Volk ist von der Kunst begeistert. Der Name dieser Operette sagt schon, was man von ihr zu erwarten hat, es geht alles ein wenig toll, bunt überd, die Handlung wird verwickelt, gewürzt und alles dreht sich um die „Bede“.

Natürlich nimmt schließlich alle (wie kann es wohl anders sein) ein gutes, alle Teile befriedigendes Ende. Wandler alle saule Witze wird aufgewärmt, aber auch außerdem gibt es Lachstoff in Hülle und Fülle. Die mit atzobatischem Gesicht ausgeführten Tänze, die oft dreimal wiederholt werden mußten, und die angenehme Musik Kollo's trugen viel mit zu dem vollen Erfolg und dem Beifallssturm des ganzen Hauses. Die Hauptrollen wurden nach dem gewöhnlichen Schema durch Blümen überführt, einige von ihnen hatten sie auch noch überdient. Emmy Sturm als Jutta war im Spiel und Gesang vorzüglich, ihr Partner, Walter Schol, als Walter von Hagenau, lief dagegen etwas ab. Karl Waterkrad dagegen war mehr auf der Höhe, er übertrieb zwar ein wenig, hatte aber das ganze Haus für sich, ebensogut war auch Hertha Panowitz als Nell. Die übrigen Darsteller mühen sich mit dem Gesamtstück befriedigen. Etwas matt war Franz Richter als Präsident und Julius Kowen als Johann Kapellmeister. Josef Bauer hatte seine Kapelle gut im Gehör und auch der Chor gab sich rechtliche Mühe, seine Schuldigkeit zu tun. „Die tolle Komte“ wird jedenfalls noch viele ausverkaufte Häuser im Apollo-Theater sehen.

Die Wahlen zum Provinziallandtag finden für die Stadt Halle am Freitag nachmittag in einer außerordentlichen Stadterordnetenversammlung statt. Der Provinziallandtag besteht aus 139 Abgeordneten, von denen der Regierungsbezirk Merseburg 57, Regierungsbezirk Magdeburg 41, Regierungsbezirk Gera 21 stellt. Für die Stadt Halle sind 5 Abgeordnete zu wählen. Gegenüber dem früheren Wahlrecht ist infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als der Magistrat nicht mehr mit zu wählen hat, sondern die Wahlen haben die Stadterordneten allein zu erledigen.

Wie das „revolutionäre“ Volksblatt kapitalistischen Gedankens der Zeitgeist hat. In ihrem Inhalt, die den vererbten Mehrheitspolitiken aus auszuweichen, haben sich die Schriftstenden am Volksblatt von dem „Multiertenkapitalisten“ Weilin ganz gehörig aus Glatte führen lassen. Das Titelblatt der letzten „Berliner Multierten“ hat es den „Gütern“ in der Volksfrontrevolution angetan. Sie wählten so bei jeder Wahl den besten Vertreter, der bei dem sie am meisten gefürchtet sind. Der geschäftstüchtige Kapitalist Weilin konnte Tag und Nacht vor Lachen nicht schlafen, wenn sämtliche Zeitungen auf seinen Reim eingingen und für sein Blatt mit dem schmierigen Titelbild die glänzende Reklame machten, wie eben unter „primären“ Verhältnissen. Die Wahlen nicht, daß die Reklame für ihn gegeben wird, denn so kann man sich nur unter halbem Volksblatt leisten, deren Schreiber, wenn sie nur den Namen Ebert oder Klose hören, sich blind läßen und dabei sich über die Ohren in die pünktlichen Fäden der Kapitalisten-Reklame hineinrollen. Der telepathisch veranlagte Volksblatt-Schreiber kann natürlich die Reklame nicht verstehen, er hat „Klose“ und erzählt seinen gläubigen Lesern mit der ernstesten Miene der Welt, von dem „philosophischen Wädeln“, das die Ebert-Klose bei Aufnahme der „heiligen“ Bilder ausgeht haben, um die Arbeiter zu „ärgern“ usw. Das Volksblatt muß aber immer wieder zeigen, was für spießbürgerliche Willkür seine Spalten vollziehen kann, natürlich die Voraussetzungen der „Multierten“ (früher unter Kärntner Bruderarbeit: Es war ein sein ausgehefter Streich und es wird dem Verleger der „Multierten Zeitung“ einen guten Wagen Geld eingebracht haben — das Bild, das Ebert und Klose in Babobahn zeigt. Natürlich wird es für die Oppositionsblätter, die gegen das Volk feindlich sind, ein System, das weder ein mangelhaftes, sondern das Reichspräsidenten prägen und die Arbeiter von ganz links werden lassen, der „Blutbad“ Klose, habe sich seine Sünden abmalen können. Man hat die Gabe dafür für den 21. August den feierlichen Verbringungsabend in Weimar, arrangiert. Und nicht, wie man in einer Zeit, wo es vornehmlich ist, können, daß dem demokratischen Herrn Weilin seine Verbringung ein lebendes Geschäft ist. Wenn es ein altes gutes Blatt gewesen wäre, hätten wir die Gemeintheit noch mit dem dieser Partei eigenen Inhalt entschuldigt. Der Demokrat Weilin, das schmalste Parteiliche Kennzeichen hat bis jetzt noch keine Karte für Kärntner gebracht, doch ihm nicht, was er vornehmlich ist, gewöhnlichen Bilder der 21. August lächerlich machen zu wollen. Kamof, das Bild ist gefällig. Eine vier Personen zählende Gruppe, unter denen sich die beiden Abgeordneten befinden, wurde in M a i 1919 ohne Abnung der Augenommenen gewählt. Man hat Ebert und Klose herausgefunden und dabei wurde das „heilige“ Bildchen zum erstenmal. Schon nach Klose, nach dem „Multierten“ Blatt die Fassung zu veröffentlichen, doch wurde das Bild die Platten beschlagnahmt. Es blieb also Herrn Weilin, dem Geschäftseuropäer, die „Ehre“, die wir ihm gönnen. Ein vernünftiger Mensch irritiert kein Reichspräsident in Babobahn absolut nicht. Er schmeiß hierüber ganz gelind zu sein und wird also lange leben, glücklich bis ins hohe Alter, die gewissen Leuten präge berechnen sollte — ist, wenigstens nach einem Gericht, auch Wilhelm der Letzte nicht auf die Welt gekommen und hat auch John Babobahn angeht. Damals verdiente Herr Weilin noch mehr Geld als Monarchist und wir hätten also nicht die Interentenfreude, zu sehen, ob er erste Wahl hätte.

Verlegung der Funktionärshilfe. Wie wolle nochmals auf die Kopfnote hin, daß die Funktionärshilfe nicht Freitag, sondern heute Donnerstag abend im Gemeinheitsbau, Zimmer 14, stattfindet.

Die Baukostenfrage. Eine Kationierung der Baukosten für den Staatswohnungskommissionär für die genormten Wohnungsbauarbeiten angeordnet. In Wiederbestellungsarbeiten können für eine Baueinheit monatlich 400 Kilogramm Kalt und 300 Kilogramm Zement auf eine Dringlichkeitsbewilligung der zuständigen Baukosten-Beschaffungsstelle und auf Grund der von der Ortsbehörde beizubringenden Befreiung des Bedarfs vom Landrat freigegeben werden. In Städten mit über 10000 Einwohnern soll für die Gemeinbauten die Freigabe von Kalt bis 400 Kilogramm und Zement bis 300 Kilogramm mit Nachweis des Bedarfs. Die bisherige Freigabe von 5000 Mark Zement auf Grund ortspolizeilicher Bewilligung ist aufgehoben worden. Es werden jetzt nur noch 3000 Mark Zement auf Grund einer von der Ortsbehörde beizubringenden Befreiung des Bedarfs vom Landrat oder einer gleichartigen Befreiung mit Genehmigung des Bundesrates freigegeben. Nur in Städten mit über 10000 Einwohnern gibt der Gemeinbauten selbst bis 3000 Mark Zement bei Nachweis des Bedarfs frei.

Zur Marmeladenherstellung. Aus Veräußerungstreifen kommen lebhaft Befürchtungen zum Ausdruck, wie es in benutzten Winter mit der Marmeladenherstellung ein wenig einleuchtend werden werden. Die Marmeladenherstellung ist nicht die richtige, wie es heißt des Vorjahres, die für Marmelade benötigte Dillmenge zu beschlagnahmen. Daneben war von Dillmas die Rede, das mangels Zucker bisher noch nicht zu Marmelade verarbeitet werden konnte. Nach Mitteilung am 14. Oktober hat man nun wohl Bessere Verfügungen getroffen, um die Marmeladenherstellung mit dem Zucker aus dem Ausland wieder zu verarbeiten. Sonst der Herstellung von Marmelade aus Obst neuer Ernte aber hat man inzwischen nicht mehr gehört, und es mocht den Eindruck, als ob das Reichsernährungsministerium hier mit seinen Plänen auf Erfüllung der erforderlichen Dillmenge nicht hin zurückbringen können. Man hat, nach dem neuesten Bundesratsbeschlüssen, die Berechtigung der landwirtschaftlichen Produzenten wiederum einmal zu vergrößern hat, sich ausgedrückt. Zum haben die Verbraucher das

Halle und Gaaletreis.

Achtung! Funktionäre der G. P. D.!

Unstündlicher findet die für Freitag angelegte Sitzung aller Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins schon heute Donnerstag abend 8 Uhr im Gewerkschaftssaal, Zimmer 14, statt. Da für wichtige organisatorische Dinge abgemacht werden

